

Bericht

des Haushaltsausschusses (8. Ausschuß)
gemäß § 96 der Geschäftsordnung

zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung
– Drucksachen 13/2687, 13/3358 –

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Errichtung
eines Umweltbundesamtes

Bericht der Abgeordneten Eckart Kuhlwein, Arnulf Kriedner, Kristin Heyne und
Dr. Wolfgang Weng (Gerlingen)

Mit dem Gesetzentwurf ist beabsichtigt, den Beschluß der Unabhängigen Föderalismuskommision vom 27. Mai 1992 dergestalt umzusetzen, daß der neue Standort des Umweltbundesamtes in Sachsen-Anhalt gesetzlich verankert wird.

Der Gesetzentwurf sieht eine entsprechende Änderung der Sitzregelung in § 1 Abs. 2 des Gesetzes über die Errichtung eines Umweltbundesamtes vor.

Der Gesetzentwurf verursacht Mehrausgaben des Bundes angesichts der nach gegenwärtigem Stand berücksichtigten Rahmenbedingungen von ca. 180 Mio. DM. Darin enthalten sind dienstrechtliche

und personengebundene Maßnahmen in Höhe von ca. 6,6 Mio. DM.

Die Finanzplanung des Bundes für die Folgejahre ist entsprechend fortzuschreiben.

Der Gesetzentwurf ist mit der Haushaltslage des Bundes vereinbar.

Dieser Bericht wird unter dem Vorbehalt erteilt, daß der federführende Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit keine Änderungen mit wesentlichen haushaltsmäßigen Auswirkungen empfiehlt.

Bonn, den 6. Dezember 1995

Der Haushaltsausschuß

Helmut Wieczorek (Duisburg)
Vorsitzender

Eckart Kuhlwein
Berichterstatler

Kristin Heyne
Berichterstatlerin

Arnulf Kriedner
Berichterstatler

Dr. Wolfgang Weng (Gerlingen)
Berichterstatler

